

ANNEX

**Europäischer Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen
(EIF)**

JAHRESPROGRAMM 2013

MITGLIEDSTAAT: Bundesrepublik Deutschland

1. Allgemeine Vorschriften für die Auswahl der im Rahmen des Programms zu finanzierenden Projekte

1.1 Allgemeines

Bei der Projektauswahl kommen folgende europarechtlichen und nationalen Bestimmungen zur Anwendung:

- Entscheidung des Rates **Nr. 2007/435/EG** vom 25. Juni 2007 zur Einrichtung des Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen für den Zeitraum 2007 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“
- Entscheidung der Kommission 2008/457/EG vom 05.03.2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Entscheidung 2007/435/EG des Rates zur Einrichtung des Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen für den Zeitraum 2007 bis 2013
- Entscheidung der Kommission vom 21.08.2007 zur Durchführung der Entscheidung 2007/435/EG des Rates hinsichtlich der Annahme strategischer Leitlinien für den Zeitraum 2007 bis 2013
- Förderrichtlinie des Bundesministeriums des Innern in der Fassung vom 29.06.2012 zur Entscheidung des Rates 2007/435/EG
- § 44 der Bundeshaushaltsordnung (BHO)
- Verdingungsordnung für Leistungen (VOL).

Die Ausschreibung des Förderjahres 2013 wird im vierten Quartal 2012 im Internet und im Bundesanzeiger veröffentlicht. Die Ausschreibungsfrist wird 2 Monate betragen und Anfang Februar 2013 enden.

Der Finanzrahmen des EIF wurde für die Bundesrepublik Deutschland für das Förderjahr 2013 auf vorläufig 18.289.034,62 EURO festgesetzt. Davon entfallen 4 v.H. EURO zuzüglich 30.000 EURO (=761.561,38 EURO) auf die administrative und technische Unterstützung. Somit steht ein Betrag in Höhe von 17.527.473,22 EURO zur Vergabe von Zuwendungen zur Verfügung.

Die EU-Zuständige Behörde wird in der öffentlichen Ausschreibung 2013 ausdrücklich dafür werben, dass Antragsteller verstärkt von der Möglichkeit Gebrauch machen, Partnerschaften untereinander einzugehen. Erfahrungen erfolgreicher Projekte aus den Vorjahren zeigen, dass sich die gemeinsame Nutzung von Know-how und finanziellen Ressourcen der Landes- oder Kommunalbehörden, der kirchlichen sowie sonstigen Träger der Wohlfahrtspflege und anderen Nichtregierungsorganisationen als sinnvoll und effektiv erwiesen hat. Dadurch können Synergieeffekte genutzt werden.

Insbesondere für örtlich und regional agierende gemeinnützige Vereine kann es von Nutzen sein, wenn sie Partnerschaften mit großen überregionalen, erfahrenen und finanzstarken Organisationen eingehen. Solche Partnerprojekte binden per se mehr finanzielle Mittel, was eine Reduzierung der Gesamtzahl geförderter Projekte zur Folge hat. Aus diesem Grund wird auch die Durchführung von bundesweiten und länderübergreifenden Projekten befürwortet. Dementsprechend ist vorgesehen, Projekte mit einer beantragten EIF Zuwendungssumme von mindestens 50.000 EURO pro Förderjahr zu fördern.

1.2 Auswahlkriterien

Lage und Bedarf: Zur Einschätzung von Lage und Bedarf in der Bundesrepublik Deutschland bzw. der Region, in der das Projekt durchgeführt werden soll, wird auch von den Bundesländern eine Stellungnahme abgegeben, die bei der Vergabeentscheidung einbezogen wird.

Relevanz: Der Projektvorschlag muss den Förderschwerpunkten entsprechen, die im nationalen Jahresprogramm unter Berücksichtigung von Lage und Bedarf in der Bundesrepublik Deutschland und in den Bundesländern beschrieben wurden.

Konzeption: Die geplanten Projektmaßnahmen müssen wirksam und angemessen zur Erreichung der angestrebten Projektziele sein, die Projektbeschreibung muss insofern ein logisches und nachvollziehbares Projektkonzept aufweisen sowie objektive und nachprüfbare Indikatoren für die Zielerreichung beinhalten.

Nutzen und Nachhaltigkeit: Zu Nutzen und Nachhaltigkeit des Projektes sind der erstrebte Projekterfolg, die Größe der Zielgruppe und dessen Auswirkungen über die Projektdauer hinaus (z.B. eventuelle Multiplikatoreneffekte) zu bewerten.

Kosteneffektivität: Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Effizienz des Projektes sind unter finanziellen Aspekten nach dem Kostenaufwand im Verhältnis zum Nutzen zu bewerten.

Projektpartnerschaft: Kooperationen mit anderen Organisationen können zu Synergieeffekten und gegenseitiger Unterstützung führen und sind daher gewünscht.

Erfahrung, Sachkunde, Verlässlichkeit und Finanzbeitrag der eine Finanzierung beantragenden Organisation und einer etwaigen Partnerorganisation

Komplementarität: Umfang, in dem das Projekt andere Maßnahmen ergänzt, die aus dem Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union oder als Teil einzelstaatlicher Programme finanziert werden.

Diese Auswahlkriterien werden im Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen bekanntgemacht.

Bevor die Zuständige Behörde über die Projektanträge entscheidet, geben die fachlich betroffenen Bundesressorts, die zuständigen Ministerien der Bundesländer und die für Integration zuständige Fachabteilung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge eine Stellungnahme und Bewertung ab. Das Bundesministerium des Innern prüft insbesondere, ob die Projekte mit den Grundsätzen und Zielen der Integrationspolitik der Bundesrepublik Deutschland im Einklang steht. Dies dient auch der Sicherstellung des Komplementaritätsprinzips und der Vermeidung von Doppelförderungen.

Die bewerteten Projektvorschläge werden entsprechend ihrer erreichten Gesamtpunktzahl in einer Rankingliste geführt, die als Grundlage für die Vergabeentscheidung dient.

Nach Abschluss des Auswahlverfahrens – voraussichtlich im vierten Quartal des Jahres 2013 - werden die Finanzhilfeentscheidungen in Form von Zuwendungsbescheiden erstellt und den Antragstellern zugestellt. Antragsteller, die keine Berücksichtigung finden konnten, werden entsprechend unterrichtet unter Angabe der Ablehnungsgründe.

1.3 Sichtbarkeit der Förderung durch die EU-Kommission

Alle Informations- und Publizitätsaktivitäten über die EIF-Förderung erfolgen vorrangig über das Internet. Hierzu hat die Zuständige Behörde auf der Homepage des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge den Link EU-Fonds <http://www.bamf.de> eingerichtet. Hier bietet das Bundesamt Interessenten eine Plattform mit umfangreichen Informationen zur Beantragung von Projektvorhaben, Unterstützung durch Beratung bei der Projektplanung, -beantragung und -durchführung an.

Die Projektträger sind verpflichtet, die Teilnehmer und Teilnehmerinnen von Projektmaßnahmen darüber zu informieren, dass die Maßnahme aus dem EIF kofinanziert wird. Die Antragsunterlagen der zuständigen Behörde sowie alle sonstigen Veröffentlichungen enthalten jeweils – entsprechend dem von der Kommission übermittelten Musterentwurf – die deutliche Sichtbarmachung der EIF-Kofinanzierung.

Um die EIF-Förderung transparent darzustellen, haben alle Endbegünstigten die Möglichkeit, ihre Projekte mit Zielsetzungen und Ergebnissen der breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Die Zuständige Behörde trifft eine Auswahl der Best-Practice Projekte und veröffentlicht diese Projekte mit Textbeiträgen und Bildmaterial im Internet über die Homepage des Bundesamtes.

Einmal im Jahr wird das Bundesministerium des Innern anlassbezogen die Länder und ggf. die Projektträger zu einer Besprechung aktueller Themen einladen. Dies wird ergänzt durch von der Zuständigen Behörde für jedes Bundesland organisierten Regionalkonferenzen, in der die Umsetzung des Mehrjahresprogramms und

die bisher erzielten Ergebnisse des Jahresprogramms der Öffentlichkeit bekanntgemacht werden. Die Regionalkonferenzen für kleine Bundesländer können zusammengefasst werden.

Die Zuständige Behörde unterrichtet in ihrem EU-Fonds-Infobrief in regelmäßigen Abständen über den aktuellen Sachstand, Aktivitäten und Projekte des EIF sowie über aktuelle Entscheidungen des Europäischen Parlaments, des Rates der Europäischen Union und der Europäischen Kommission. Die Versendung des EU-Fonds-Infobriefes erfolgt in elektronischer Form.

Zudem wird jährlich ein Verzeichnis der Endbegünstigten, der Projektbezeichnungen und der zugewendeten Beträge auf der Webseite des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge www.bamf.de veröffentlicht.

2. Durch das Programm im Rahmen der gewählten Prioritäten zu fördernde Maßnahmen

Alle aufgeführten Maßnahmen haben als ausschließliche Zielgruppe Drittstaatsangehörige gemäß Artikel 1, Ziffer 2, 3 und 4 der Entscheidung des Rates 2007/435/EG und sind in erster Linie auf neu zugewanderte Drittstaatsangehörige ausgerichtet. Ebenfalls beziehen sich alle Indikatoren und Zielsetzungen auf die in der Entscheidung des Rates vorgegebenen Zielgruppe.

Alle bei der Beschreibung jeder Maßnahme aufgeführten quantifizierten Zielsetzungen sind Indikative.

Für alle Projekte der Maßnahmen unter Teil 3 werden die Finanzbeiträge aus dem EIF in Form von Finanzhilfen gewährt.

Die Förderziele nach Artikel 3 der Ratsentscheidung 2007/435/EG gelten unter Berücksichtigung der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit sowie der integrationspolitischen, wirtschaftlichen, arbeitsmarktpolitischen und gesellschaftlichen Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Eine Maßnahme ist nur bei Beachtung und Wahrung dieser Interessen förderfähig.

Es wird insbesondere darauf Wert gelegt, die von der Europäischen Kommission vorgenommene inhaltliche Schwerpunktbildung in den Maßnahmebereichen zu beachten. Hierzu wird folgendes ausgeführt:

Die Forderung der Kommission, die Integration von Drittstaatsangehörigen in vier Bereichen besonders zu fördern und zu unterstützen, wird bereits seit Einführung des Europäischen Integrationsfonds umgesetzt.

- Die Integration durch gesellschaftliche Teilhabe stellt einen Schwerpunkt der Förderung aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds dar (vgl. Maßnahmebereiche 4 und 5). Dabei werden als spezifische Priorität Projekte unterstützt, die die Förderung von Interaktion und Austausch zwischen Angehörigen der Zielgruppe und der Aufnahmegesellschaft – beispielsweise durch Stärkung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs - bezwecken.

Auf Projekte, die dieses Schwerpunktziel umsetzen, entfallen bereits - mit Abstand - am meisten Fördergelder. Das erreichte sehr hohe Förderniveau soll erhalten bleiben.

- Bereits seit dem Förderjahr 2007 werden Projekte mit Bildungsangeboten für bestimmte Personengruppen aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds gefördert. Zu diesen Gruppen zählen Kinder und Jugendliche, Frauen, Analphabeten und Personen mit Behinderungen (vgl. Maßnahmebereich 3).

In der Vergangenheit wurden in jedem Förderjahr entsprechende Projekte gefördert. Das in diesem Zusammenhang zur Verfügung stehende Fördervolumen wurde bereits in der Vergangenheit erheblich gesteigert. Im Förderjahr 2013 soll dieses hohe Volumen erhalten bleiben bzw. im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten weiter erhöht werden.

- Mit der Umsetzung der im Jahresprogramm dargestellten Maßnahmeart 7 „Interkulturelle Öffnung“ sollen die interkulturelle Kompetenz auf allen Ebenen von Verwaltung und Gesellschaft gestärkt und die interkulturelle Öffnung von Institutionen und Organisationen gefördert werden. Hierzu zählen prioritär Projekte von Kommunen und kommunalen Trägern. Denn diesen kommt aufgrund der räumlichen Nähe und dem daraus resultierenden unmittelbaren Bezug eine zentrale Aufgabe im Hinblick auf die Integration der Drittstaatsangehörigen zu. Für viele Projektmaßnahmen ist ein Ansatz vor Ort bzw. im Wohnumfeld maßgeblich (vgl. Maßnahmearten 4 und 5).

- Die Förderung vorintegrativer Projekte aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds ist seit dem Förderjahr 2007 vorgesehen und seitdem Inhalt der bisherigen Programme (Mehrjahres- und Jahresprogramme) und Ausschreibungen. Das Ziel der diesem Handlungsfeld zuzuordnenden Maßnahmen besteht darin, dass Drittstaatsangehörige bereits bei ihrer Ankunft im Bundesgebiet über Deutschkenntnisse und grundlegendes Wissen über die Aufnahmegesellschaft sowie über Kenntnisse der Integrationsfördermaßnahmen des Bundes verfügen. Vorintegrative Projekte sollen dabei nach Möglichkeit mit Maßnahmen der Erstintegration verknüpft werden, um den Übergang in Angebote wie den Integrationskurs oder die Migrationsberatung in Deutschland zügiger und zielgerichteter zu gestalten.

In der Vergangenheit konnten in jedem Förderjahr Vorintegrationsprojekte gefördert werden. Angesichts des bisherigen erfolgreichen Verlaufs ist eine Förderung dieser Projekte auch für die Zukunft geplant. Künftig soll hierbei auch die Entwicklung einheitlicher Standards für entsprechende Projekte stärker in den Blick genommen werden.

Weitere Einzelheiten sind in der Maßnahmeart 1 „Vorintegration“ dargestellt.

2.1 Maßnahmen zur Umsetzung von Priorität 1: „Umsetzung der Gemeinsamen Grundprinzipien im Bereich der europäischen Integrationspolitik“

Die Aufnahme dieser Priorität folgt der Verpflichtung zu ihrer Aufnahme gemäß Entscheidung der Kommission zur Durchführung der Entscheidung 2007/435/EG des Rates hinsichtlich der Annahme strategischer Leitlinien für den Zeitraum 2007 bis 2013.

Die in diesem Rahmen verfolgte Strategie zielt darauf ab, (neu zugewanderte) Drittstaatsangehörige mit der Aufnahmegesellschaft vertraut zu machen und es ihnen zu ermöglichen, sich Grundkenntnisse hinsichtlich der Sprache, Geschichte, Institutionen, sozioökonomischen Merkmale, Kultur und grundlegenden Normen und Werte Deutschlands, aber auch der Europäischen Union anzueignen. Weiter soll erreicht werden, dass:

- in der Aufnahmegesellschaft die Akzeptanz für kulturelle Vielfalt, Zuwanderung bzw. Zuwanderer geschaffen und gesteigert und damit eine Willkommens- und Anerkennungskultur etabliert wird,
- Zugangsbarrieren für Drittstaatsangehörige zu Institutionen der Aufnahmegesellschaft und Diskriminierung abgebaut werden ,
- das Zusammenleben zwischen Drittstaatsangehörigen und Deutschen vor allem mittels interreligiösem Dialog und interkulturellem Kontakt insbesondere in den Stadtquartieren verbessert wird,
- die Möglichkeit des Praktizierens unterschiedlicher Religionen und kultureller Gewohnheiten gewährleistet ist und
- Drittstaatsangehörige an demokratischen Prozessen insbesondere im Feld der (kommunalen) Integrationspolitik mitwirken können.

Leitaktionen sind Maßnahmen aus den Feldern Vorintegration, Integration durch Bildung und durch gesellschaftliche Teilhabe.

Die Priorität 1 stellt unter dem Gesichtspunkt des Fördervolumens auch die finanziell gewichtigste Priorität dar. Dies ergibt sich bereits daraus, dass allein fünf von den insgesamt neun im Jahresprogramm 2013 formulierten Maßnahmebereichen dieser Priorität zuzuordnen sind. Demgegenüber werden den Prioritäten 2, 3 und 4 nur vier Maßnahmebereiche zugeordnet.

Unter Priorität 1 sind Handlungsfelder mit einem breiten Anwendungspotenzial beschrieben. Hierzu zählen beispielsweise die Bereiche Bildung und gesellschaftliche Teilhabe, die einen großen Kreis der Zielgruppe der Drittstaatsangehörigen ansprechen und thematisch weit gefasst sind. Dies hat zur Folge, dass die Mehrzahl der von den Trägern gestellten Anträge schwerpunktmäßig auf die Priorität 1 zugeschnitten sind und diesbezüglich ein entsprechend starkes Fördervolumen zur Folge haben.

2.1.1. *Maßnahme 1: „Vorintegration“*

1. Ziel und Umfang des Maßnahmenbereichs „Vorintegration“

Ziel der Maßnahmen in diesem Handlungsfeld ist es, dass Drittstaatsangehörige bereits bei ihrer Ankunft in Deutschland über Deutschkenntnisse, grundlegendes Wissen über die Aufnahmegesellschaft (insbesondere in den Bereichen Staatssystem, Bildungssystem, Arbeitsmarkt und Anerkennung von Abschlüssen) sowie über Kenntnisse der Integrationserstfördermaßnahmen des Bundes und für sie relevante lokale Anlaufstellen verfügen sowie für die Schwierigkeiten und Chancen sensibilisiert werden, die sich ihnen im Integrationsprozess stellen. Damit soll insbesondere ein zügigerer Übergang in Erstintegrationsmaßnahmen sichergestellt werden.

Der Umfang der Maßnahme erstreckt sich unter anderem auf:

- Durchführung von Bedarfsanalysen,
- Entwicklung von bedarfsorientierten Konzepten für vorintegrative Maßnahmen, die zu einer stärkeren Standardisierung und Qualitätssicherung der Maßnahmen beitragen.
- Evaluation vorintegrativer Maßnahmen und Entwicklung von Standards für die Arbeit in diesem Bereich
- Vernetzung der Akteure der Vorintegration
- Bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur in den wichtigsten Herkunftsländern, u. a. durch die Akquise von örtlichen Partnerorganisationen zur Durchführung von Maßnahmen der Vorintegration,
- Bedarfsorientierte Erweiterung der Maßnahmenkataloge in dem Bereich Vorintegration (Sprachkurse, Vermittlung von Grundwissen über die Aufnahmegesellschaft, Information über das Bildungssystem, den Arbeitsmarkt, die Anerkennung von schulischen und beruflichen Abschlüssen und Angebote der Erstintegration in Deutschland und Sensibilisierung für Schwierigkeiten im Integrationsverlauf sowie Bereitstellung konkreter Informationen zu den Integrationsangeboten und Ansprechpartnern in den jeweiligen Zielregionen in Deutschland etc.) und Abstimmung mit den Erstfördermaßnahmen des Bundes, vor allem dem Integrationskurs und der Migrationsberatung.

Im Bereich der Sprachförderung stehen Kurse mit einem niederschweligen Angebot im Vordergrund.

Damit wird eine Verbreiterung des Sprachlernangebots bezweckt. Sprachprüfungen sind nicht Gegenstand der Förderung.

- Entwicklung von Instrumenten zur Optimierung des Übergangsmanagements zwischen Vorintegration und bundesgeförderten Integrationsangeboten (insbesondere Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer, Jugendmigrationsdienste und Integrationskurs),
- Ausweitung des bedarfsorientierten Informationsangebotes für die Zielgruppe.

Schwerpunkt:

Bei der Ausschreibung und Auswahl der Projekte des Förderjahres 2013 können nicht alle aufgeführten Projekt- und Maßnahmemodule in gleichem Umfang umgesetzt werden. Vielmehr sollen bevorzugt die Konzept- und Standardentwicklung, die Vermittlung von Grundkenntnissen über die Aufnahmegesellschaft, grundlegende Informationen über das Bildungssystem, den Arbeitsmarkt, die Anerkennung von Abschlüssen sowie Ange-

bote der Erstintegration im Bundesgebiet und die verbesserte Abstimmung zwischen Vorintegrations- und Erstintegrationsangeboten gefördert werden.

2. Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Die Finanzhilfeempfänger sind in der Regel Projektträger aus der Integrationsarbeit wie etwa Kommunen bzw. kommunale Einrichtungen, freie Träger, Vereine, Wohlfahrtsverbände, Migrantenorganisationen, religiöse Vereinigungen, Stiftungen, Bildungseinrichtungen.

3. Projekte, die direkt von der zuständigen Behörde als Projektträger durchgeführt werden, sind für 2013 nicht geplant.

4. Voraussichtliche quantifizierte Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Zielsetzung: Es wird voraussichtlich mit etwa 8 geförderten Projekten und einer Teilnehmerzahl ca. 5000 Personen im Bereich Vorintegration gerechnet.

Output-Indikatoren:

- Anzahl der geförderten Projekte insgesamt
- Anzahl der Projektteilnehmer insgesamt
- Anzahl der bei den Partnern fortgebildeten Lehrkräfte
- Anzahl der im Herkunftsland beratenen Personen
- Anzahl der Informationsveranstaltungen
- Anzahl der Bildungsmaßnahmen (Sprachkurse o.ä.)
- Anzahl der Fortbildungsveranstaltungen

Outcome-Indikatoren:

Qualitative Indikatoren:

- Diejenigen Drittstaatsangehörige, die an Maßnahmen teilgenommen haben, sollen bei Ankunft im Bundesgebiet über Deutschkenntnisse, grundlegendes Wissen über die Aufnahmegesellschaft in den Bereichen Staatssystem und Arbeitsmarkt sowie über Kenntnisse zur Verfügung stehender Maßnahmen zur Erstintegration verfügen.

Quantitativer Indikator:

- Erhöhung des Prozentsatzes der Zuwanderer, die vor der Einreise an Vorintegrationsmaßnahmen teilgenommen haben, im Vergleich zum Förderjahr 2012.
- Entwicklung von bedarfsorientierten Standards und Maßnahme-Konzepten, die sich zum Transfer auf mehrere Standorte/Träger eignen.
- Systematisches Einmünden der Maßnahmeteilnehmer in Erstintegrationsangebote in Deutschland.

5. Sichtbarkeit der Förderung durch die EU-Kommission

Siehe Einleitung 1.3.

6. Gegebenenfalls Ergänzzbarkeit mit ähnlichen Maßnahmen, die durch andere Instrumente der Gemeinschaft finanziert werden

Maßnahmen der Vorintegration, die jeweils auf dem Gebiet der Herkunftsländer greifen, sind allein im Maßnahmenkatalog des EIF angesiedelt, ansonsten werden vorintegrative Maßnahmen nicht durch andere Instrumente der Gemeinschaft gefördert. Insofern ist eine Ergänzzbarkeit mit ähnlichen Maßnahmen, die durch andere Instrumente der Gemeinschaft finanziert werden, hier nicht gegeben.

7. Finanzielle Informationen

Gesamtkosten:	1.826.000,00 EURO
davon EU-Beteiligung:	910.000,00 EURO
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	481.000,00 EURO
Zuwendung aus privaten Mitteln:	435.000,00 EURO

2.1.2. Maßnahme 2: „Integration durch Bildung“

1. Ziel und Umfang der Maßnahmen zur Bildung

Mit Blick auf das Handlungsfeld Bildung wird die Zielsetzung verfolgt, den Bildungsstand unter Drittstaatsangehörigen aller Altersgruppen nachhaltig zu verbessern.

Erstes Ziel ist dabei, das Sprachniveau von Drittstaatsangehörigen zu heben.

Die frühzeitige und durchgängige Sprachförderung auf verschiedenen Ebenen ist ein wichtiger Bestandteil der Integrationsförderung. Daher sollen in Ergänzung zum Integrationskurs zum einen Projektmaßnahmen gefördert werden, die den Zugang zur sprachlichen Erstförderung verbessern. Zum anderen sollen Maßnahmen gefördert werden, in denen die im Integrationskurs erworbenen Deutschkenntnisse angewendet, weiterentwickelt

und nachhaltig vertieft werden können und die damit einen Beitrag dazu leisten, die Deutschkenntnisse unter Drittstaatsangehörigen aller Altersgruppen zu verbessern.

Zweites Ziel ist die Erhöhung der Bildungsbeteiligung von Drittstaatsangehörigen in allen Bildungssektoren. Hierzu zählt auch der Erwerb von Kenntnissen über das deutsche Ausbildungs- und Arbeitsmarktsystem.

Ein strategisches Element zur Erreichung dieser beiden Ziele besteht darin, in Kindertagesbetreuung, Vorschule, Schule, Berufsschule/Ausbildung, Hochschule und Erwachsenenbildung ein System an Bildungsmaßnahmen – häufig gekoppelt mit Sprachförderung – zu etablieren. Die Übergänge zwischen Bildungsinstitutionen sind stärker in den Blick zu nehmen, damit keine Brüche in der Förderung von heranwachsenden und erwachsenen Drittstaatsangehörigen entstehen. Bildung und Sprache sind insofern untrennbar voneinander zu fördern.

Im Rahmen der Projektauswahl des Förderjahres 2013 ist es erforderlich, schwerpunktmäßig Förderakzente zu setzen:

Hierzu zählt insbesondere die Durchführung von Sprachfördermaßnahmen.

Die Maßnahmen erstrecken sich auf:

- Durchführung von Sprachfördermaßnahmen, unter Beachtung der Übergänge zwischen den Bildungseinrichtungen
- Durchführung von Maßnahmen zur nachhaltigen Stärkung der im Integrationskurs erworbenen Bildungsförderung von Drittstaatsangehörigen auf Unterrichtsebene
- Erhebung wissenschaftlicher Erkenntnisse über geeignete Maßnahmen und Methoden der Bildungsförderung von Drittstaatsangehörigen auf Unterrichtsebene,
- Entwicklung von Angeboten zur Erhöhung der Studierendenquote von Drittstaatsangehörigen (sowohl mit deutscher, als auch mit ausländischer Hochschulzugangsberechtigung) sowie zur Reduzierung der Studienabbruchquote von Drittstaatsangehörigen
- Stärkung kulturübergreifender Kompetenzen in allgemeinbildenden Schulen, Berufsschulen und ausbildenden Betrieben
- Stärkung kulturübergreifender Kompetenzen von religiösem Personal (z.B. Imame)
- Vermittlung von Grundkenntnissen über das deutsche Arbeitsmarktsystem und über Berufschancen.

2. Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Die Finanzhilfeempfänger sind in der Regel Projektträger aus der Integrationsarbeit wie etwa Kommunen bzw. kommunale Einrichtungen, freie Träger, Vereine, Wohlfahrtsverbände, Migrantenorganisationen, religiöse Vereinigungen, Stiftungen, Bildungseinrichtungen.

3. Gegebenenfalls Rechtfertigung im Hinblick auf Projekte, die direkt von der zuständigen Behörde als Projektträger durchgeführt werden

Entfällt hier.

4. Voraussichtliche quantifizierte Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Zielsetzung: Es wird voraussichtlich mit etwa 12 geförderten Projekten im Bereich „Integration durch Bildung“ gerechnet.

Voraussichtliche Teilnehmerzahl: ca. 1800

- Neu-Zugewanderte: ca. 1200

- Sonstige Drittstaatsangehörige: ca. 600.

Output-Indikatoren sind:

- Anzahl der geförderten Projekte insgesamt
- Anzahl der geförderten Projekte zur Verbesserung der sprachlichen Bildung
- Anzahl der geförderten Projekte, die allgemein die Erhöhung der Bildungsbeteiligung bezwecken
- Anzahl der Teilnehmer insgesamt
- Anzahl der Teilnehmer an Projekten zur Verbesserung der sprachlichen Bildung
- Anzahl der Teilnehmer an sonstigen Projekten
- Anteil der Teilnehmenden mit verbesserten Sprachkenntnissen
- Anteil der Teilnehmer, die ihr allgemeines Bildungsniveau verbessert haben

Outcome-Indikatoren:

Qualitative Indikatoren:

- Verbesserung der Sprachkenntnisse
- Erhöhung der Bildungsbeteiligung
- Erhöhung des Bildungsniveaus

Quantitativer Indikator:

- Erhöhung der Zahl von Bildungsabschlüssen

5. Sichtbarkeit der Förderung durch die EU-Kommission

Siehe Einleitung 1.3.

6. Gegebenenfalls Ergänzzbarkeit mit ähnlichen Maßnahmen, die durch andere Instrumente der Gemeinschaft finanziert werden

Das Europäische Sozialfonds (ESF)-BAMF-Programm richtet sich allgemein an Personen mit Migrationshintergrund, die eine berufsbezogene sprachliche und fachliche Weiterqualifizierung benötigen.

Demgegenüber zielen die Maßnahmen des EIF-Programms gemäß den Bestimmungen des EIF auf die Integration von Drittstaatsangehörigen ab. Während mit dem ESF konkrete Maßnahmen zum Einstieg in das Arbeits- und Erwerbsleben gefördert werden können, können durch den EIF ausschließlich solche Integrationsmaßnahmen zur Förderung in Betracht kommen, die im Vorfeld die Arbeitsmarktreife von Drittstaatsangehörigen erreichen wollen und sich damit von einer geförderten, konkreten Vermittlung in den Arbeitsmarkt unterscheiden.

Die auch im Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) förderfähige **Bildung** beschränkt sich auf den Personenkreis der Flüchtlinge, die im Integrationsfonds nicht als förderfähig gelten.

7. Finanzielle Informationen

Gesamtkosten:	1.640.000,00 EURO
davon EU-Beteiligung:	820.000,00 EURO
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	270.000,00 EURO
Zuwendung aus privaten Mitteln:	550.000,00 EURO

2.1.3 Maßnahme 3: Umsetzung der Spezifischen Priorität 2 - „Bildungsangebote für spezielle Zielgruppen“

1. Ziel und Umfang der Bildungsangebote für spezielle Zielgruppen

Der Anteil Drittstaatsangehöriger ohne Schul- und Berufsabschluss ist im Vergleich zur übrigen Bevölkerung überproportional hoch. Ziel der Maßnahme ist zum einen, die besonders prekäre Bildungs- und Ausbildungssituation bei jugendlichen Drittstaatsangehörigen zu verbessern. Zum anderen sollen bestimmte Personengruppen wie Frauen, Analphabeten und Personen mit Behinderungen, die auf Grund ihrer persönlichen Lebensumstände oder gesundheitlichen Beeinträchtigungen nicht an den üblichen Bildungsangeboten teilhaben können, gefördert werden. Daher sollen speziell zugeschnittene Bildungsangebote die Bedürfnisse dieser Gruppen berücksichtigen.

Im Rahmen der Projektauswahl des Förderjahres 2013 ist es erforderlich, schwerpunktmäßig Förderakzente zu setzen. Hierzu zählen:

- sprachliche Förderung für spezielle Zielgruppen, insbesondere Kinder und Jugendliche. Hierzu gehören auch Maßnahmen für neueingewanderte Quereinsteiger in das deutsche Schulsystem.
- Informations- und Bildungsangebote für Eltern minderjähriger Drittstaatsangehöriger, um sie in die Lage zu versetzen, den Lernprozess der Kinder aktiv zu begleiten und zu unterstützen

Inhaltlich können zudem u. a. folgende Maßnahmen zum Tragen kommen:

- Erhebung wissenschaftlicher Erkenntnisse über geeignete Maßnahmen und Methoden der Bildungsförderung von minderjährigen und jugendlichen Drittstaatenangehörigen auf Unterrichtsebene.
- Qualifizierung von Lehrkräften mit Blick auf die besonderen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen.
- Qualifizierung ehrenamtlicher mehrsprachiger Elternbegleiter als sprachliche und kulturelle Brücke zwischen Migrantenfamilien und Bildungseinrichtungen, auch in Kooperation mit Migrantenorganisationen.
- Entwicklung von Angeboten zur Erhöhung der Ausbildungsbeteiligung von jugendlichen Drittstaatsangehörigen in Kooperation mit Bildungseinrichtungen, z.B. den Berufsschulen, sowie zur Reduzierung von Ausbildungsabbrüchen
- Entwicklung von Konzepten zu ergänzenden Sprachförderangeboten für Quereinsteiger in das deutsche Schulsystem

2. Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Insofern wird auf die Ausführungen unter 2.1.2. verwiesen.

3. Gegebenenfalls Rechtfertigung im Hinblick auf Projekte, die direkt von der Zuständigen Behörde als Projektträger durchgeführt werden

Entfällt hier.

4. Voraussichtliche quantifizierte Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Zielsetzung: Es wird voraussichtlich mit etwa 38 geförderten Projekten im Bereich „Integration durch Bildung“ - Umsetzung der Spezifischen Priorität 2 gerechnet.

Voraussichtliche Teilnehmerzahl: ca. 6.000

- Neu-Zugewanderte: ca. 3.700
- Sonstige Drittstaatsangehörige: ca. 2.300.

Output-Indikatoren sind:

- Anzahl der geförderten Projekte insgesamt
- Anzahl der geförderten Projekte zur sprachlichen Förderung für spezielle Zielgruppen

- Anzahl der geförderten Projekte zur Steigerung der elterlichen Erziehungskompetenz
- Anzahl anderer geförderter Projekte
- Anzahl der Teilnehmer insgesamt
- Anzahl der Teilnehmer an Projekten zur sprachlichen Förderung für spezielle Zielgruppen
- Anzahl der Teilnehmer an Projekten zur Steigerung der elterlichen Erziehungskompetenz
- Anzahl der Teilnehmer an sonstigen Projekten

Outcome-Indikatoren sind:

Qualitative Indikatoren:

- Verbesserung der Sprachkenntnisse von Angehörigen spezieller Zielgruppen
- Erhöhung der elterlichen Erziehungskompetenz
- Steigerung der pädagogischen Kompetenz von Lehrkräften
- Erhöhung der Bildungsbeteiligung und des Bildungsniveaus von Drittstaatsangehörigen

5. Sichtbarkeit der Förderung durch die EU-Kommission

Siehe Einleitung 1.3.

6. Gegebenenfalls Ergänzzbarkeit mit ähnlichen Maßnahmen, die durch andere Instrumente der Gemeinschaft finanziert werden.

Insofern wird auf die Ausführungen unter 2.1.2. verwiesen.

7. Finanzielle Informationen

Gesamtkosten:	7.530.000,00 EURO
davon EU-Beteiligung:	5.450.000,00 EURO
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	690.000,00 EURO
Zuwendung aus privaten Mitteln	1.390.000,00 EURO

2.1.4. Maßnahme 4 : „Integration durch gesellschaftliche Teilhabe“

1. Ziel und Umfang der Maßnahmen zur Integration durch gesellschaftliche Teilhabe

Die gleichberechtigte Teilhabe von Drittstaatsangehörigen an allen Bereichen des alltäglichen Lebens ist die Zielsetzung im Handlungsfeld gesellschaftliche Integration. Erreicht wird diese Zielsetzung insbesondere durch die Einbürgerung von Drittstaatsangehörigen. Von zentraler Bedeutung ist auch die Integration von Drittstaats-

angehörigen in das unmittelbare Wohnumfeld als Lebensmittelpunkt und wichtigstes Kontaktfeld sowie die Stärkung der gemeinsamen aktiven Mitgestaltung ihres Wohnumfelds durch Drittstaatsangehörige und Aufnahmegesellschaft. Ein wichtiges Element der gesellschaftlichen Teilhabe besteht zudem in dem Zugang zu Informationen über konkrete Partizipationsmöglichkeiten vor Ort. Im Hinblick auf die große Bandbreite und Vielfalt dieses Maßnahmebereiches besteht zudem auch Bedarf an der Kooperation der Akteure sowie der Koordination der Projekte.

Schwerpunkt:

Bei der Ausschreibung und Auswahl von Projekten des Förderjahres 2013 können nicht alle in Betracht kommenden Projekt- und Maßnahmemodule gleichmäßig umgesetzt werden. Vielmehr ist es im Rahmen der Projektauswahl des Förderjahres 2013 erforderlich, schwerpunktmäßig Förderakzente zu setzen. Diese betreffen Projekte, die:

- Drittstaatsangehörige zu Einbürgerungen motivieren und insbesondere durch Information und Beratung auf kommunaler Ebene Einbürgerungshindernisse abbauen. Durchführung von örtlichen Einbürgerungskampagnen,
- die frühzeitige Unterstützung von jungen Drittstaatsangehörigen (Kinder und Jugendliche) bezwecken, die in sozialer und kultureller Hinsicht vor besonderen Schwierigkeiten stehen, z.B. durch Motivation zu bürgerschaftlichem Engagement und Teilnahme an den Freiwilligendiensten des Bundes und der Länder und Technischem Hilfswerk,
- in denen Drittstaatsangehörige verstärkt zu bürgerschaftlichem Engagement und politischer Partizipation motiviert werden und gemeinsames Engagement mit der Aufnahmegesellschaft gestärkt wird.
- die Leistungen bundesgeförderter Beratungsdienste ergänzen,
- die verstärkte Teilhabe von Migrantenorganisationen bezwecken, z.B. durch Aufbau tragfähiger Strukturen für die Integrationsarbeit von Migrantenorganisationen, Weiterbildungsmaßnahmen, Lotsenprogramme, Vernetzung und Kooperationen,
- Grundlagenforschung zur Integration und Forschung zu Hemmnissen bezüglich der Einbürgerung beinhalten und Lösungsmöglichkeiten zum Abbau dieser Hindernisse entwickeln

2. Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Die Finanzhilfeempfänger sind in der Regel Projektträger aus der Integrationsarbeit wie etwa Kommunen bzw. kommunale Einrichtungen, freie Träger, Träger der Jugendverbandsarbeit, Vereine, Migrantenorganisationen und Vereine von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, Wohlfahrtsverbände, religiöse Vereinigungen, Stiftungen, Bildungseinrichtungen, Freiwilligendienste.

3. Gegebenenfalls Rechtfertigung im Hinblick auf Projekte, die direkt von der zuständigen Behörde als Projektträger durchgeführt werden

Entfällt hier.

4. Voraussichtliche quantifizierte Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Zielsetzung: Es wird mit 20 geförderten Projekten im Bereich „Integration durch gesellschaftliche Teilhabe“ gerechnet.

Voraussichtliche Teilnehmerzahl: ca. 3500
- Neu-Zugewanderte: ca. 2000
- Sonstige Drittstaatsangehörige: ca. 1500.

Output-Indikatoren sind:

- Anzahl der geförderten Projekte insgesamt
- Anzahl der Projekte zur Motivierung der Einbürgerung
- Anzahl der geförderten Projekte, die die frühzeitige Unterstützung von jungen Drittstaatsangehörigen (Kinder und Jugendliche) bezwecken, die in sozialer und kultureller Hinsicht vor besonderen Schwierigkeiten stehen
- Anzahl der geförderten Projekte, die junge Drittstaatsangehörige frühzeitig zu bürgerschaftlichem Engagement und zur Teilnahme an Freiwilligendiensten motivieren
- Anzahl der geförderten Projekte, die die verstärkte Teilhabe von Migrantenorganisationen unterstützen
- Anzahl der anderen geförderten Projekte
- Anzahl der Teilnehmer insgesamt
- Anzahl der Teilnehmer an Projekten, die zur Einbürgerung motivieren
- Anzahl der Teilnehmer an Projekten, die die frühzeitige Unterstützung von jungen Drittstaatsangehörigen bezwecken, die in sozialer und kultureller Hinsicht vor besonderen Schwierigkeiten stehen
- Anzahl der Teilnehmer an Projekten, die junge Drittstaatsangehörige frühzeitig zu bürgerschaftlichem Engagement und zur Teilnahme an Freiwilligendiensten motivieren
- Anzahl der geförderten Migrantenorganisationen
- Anzahl der Teilnehmer an sonstigen Projekten

Outcome-Indikatoren sind:

Quantitativer Indikator:

- Erhöhung der Einbürgerungsquote

Qualitative Indikatoren:

- Verbesserung der Kenntnisse über die Aufnahmegesellschaft
- Steigerung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
- Verbesserung der sozialen Integration und des friedlichen Miteinanders
- Verstärkte Teilhabe von Migrantenorganisationen

5. Sichtbarkeit der Förderung durch die EU-Kommission

Siehe Einleitung 1.3.

6. Gegebenenfalls Ergänzbare mit ähnlichen Maßnahmen, die durch andere Instrumente der Gemeinschaft finanziert werden

Ergänzt werden die Maßnahmen durch ein breites Angebot von Projekten des Europäischen Flüchtlingsfonds (von der Hilfe beim Umgang mit Behörden, Hilfestellung bei Arztbesuchen, Unterstützung bei der Wohnungssuche bis hin zu Projekten der gemeinschaftlichen Interessenförderung untereinander bzw. in Kontakt mit der deutschen Bevölkerung), deren begünstigter Personenkreis die Flüchtlinge sind. Es wird darauf geachtet, dass die für Drittstaatsangehörige getrennt durchgeführten Projektmaßnahmen ein vergleichbares Förderangebot beinhalten, so dass der Stand der gesellschaftlichen Teilhabe beider Zielgruppen möglichst annähernd gleich ist.

7. Finanzielle Informationen

Gesamtkosten:	4.100.000,00 EURO
davon EU-Beteiligung:	2.000.000,00 EURO
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	1.120.000,00 EURO
Zuwendung aus privaten Mitteln:	980.000,00 EURO

2.1.5) Maßnahme 5: Umsetzung der Spezifischen Priorität 4 „Interkultureller Dialog“

1. Ziel und Umfang

Zur allgemeinen Zielsetzung wird auf die Ausführungen zu Ziffer 2.1.4. verwiesen.

Als spezifische Priorität sollen gefördert werden Maßnahmen zur Förderung von Interaktion und Austausch z.B. durch Stärkung des interkulturellen Dialogs. Die institutionelle Integration des Islams und die gesellschaftliche Integration der rund 4 Millionen Muslime in Deutschland zu verbessern sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land zu stärken ist auch das Ziel der Deutschen Islam Konferenz.

Die Umsetzung der Spezifischen Priorität 4 zielt darauf ab, das friedliche Miteinander von Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen zu fördern, Spannungen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, d.h. den verschiedenen Nationalitäten und Religionen der Drittstaatsangehörigen einerseits und der deutschen Bevölkerung sowie EU-Bürgern andererseits abzubauen. Gegenseitige Vorurteile, die in den unterschiedlichen kulturellen und religiösen Lebensformen begründet liegen, und die als Konfliktstoff auch für potenzielle Gewalt dienen, sollen durch solche besonders geförderten Projektmaßnahmen verringert werden.

Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang präventive Projekte, die ein gewalt- und aggressionsfreies Verhalten fördern. Dieses Ziel kann durch vielfältige Maßnahmen - wie beispielsweise interkulturelle Mediation, interkulturelle Streitschlichterprogramme, - erreicht werden. Bedarf für solche Projektmaßnahmen besteht insbesondere in den Brennpunkten der Großstädte. Einen Beitrag zur interreligiösen Verständigung leisten zudem Schulungen für Imame und Gemeindevorstände.

Um den interkulturellen Dialog nicht nur punktuell vor Ort zu fördern, sondern ihn möglichst flächendeckend zu unterstützen, besteht darüber hinaus auch Bedarf an Medienprojekten und öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen, die mit einer größeren Reichweite dazu geeignet sind, das friedliche Miteinander der unterschiedlichen kulturellen und religiösen Lebensformen zu fördern und die hier genannten Ziele umzusetzen.

Eine besonders wichtige Zielgruppe für den interkulturellen und interreligiösen Dialog sind Jugendliche und junge Erwachsene. In diesem Maßnahmebereich sollen daher gezielt auch Projekte gefördert werden, die die Begegnung und das gemeinsame Engagement Jugendlicher stärken, etwa im Rahmen der Arbeit von Vereinen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Schwerpunkt:

Bei der Projektauswahl des Förderjahres 2013 sollen die Projekte schwerpunktmäßig gefördert werden, die eine gleichberechtigte gesellschaftliche Partizipation von Drittstaatsangehörigen bezwecken. Daher werden die Projekte prioritär unterstützt,

- in denen ein interkultureller und interreligiöser Dialog organisiert und durchgeführt wird,
- die den lösungsorientierten Umgang mit im örtlichen Umfeld vorhandenen ethnischen und / oder religiös geprägten Konflikten zum Inhalt haben,
- die in Fokuswohngebieten die Verhinderung von Gewalt zum Ziel haben und aggressions- und gewaltfreie Lösung von Problemen anstreben (gewaltpräventive Projekte),
- die den interkulturellen Dialog zwischen Jugendlichen fördern.

2. Voraussichtliche Finanzhilfempfänger

Insofern wird auf die Ausführungen unter 2.1.4 verwiesen.

3. Gegebenenfalls Rechtfertigung im Hinblick auf Projekte, die direkt von der zuständigen Behörde als Projektträger durchgeführt werden.

Entfällt hier.

4. Voraussichtliche quantifizierte Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Zielsetzung: Es wird voraussichtlich mit etwa 38 geförderten Projekten im Bereich „Integration durch gesellschaftliche Teilhabe“ „Interkultureller Dialog“ - Umsetzung der spezifischen Priorität 4 gerechnet.

Voraussichtliche Teilnehmerzahl: ca. 6000

- Neu-Zugewanderte: ca. 3500
- Sonstige Drittstaatsangehörige: ca. 2500.

Output-Indikatoren sind:

- Anzahl der geförderten Projekte insgesamt,
- Anzahl der geförderten Projekte, die interkulturelles und interreligiöses Lernen vermitteln,
- Anzahl der geförderten Projekte, die den Umgang mit ethnischen Konflikten zum Inhalt haben,
- Anzahl der Projekte zur Gewaltprävention,
- Anzahl anderer geförderter Projekte,
- Anzahl der Teilnehmer insgesamt,
- Anzahl der Teilnehmer an Projekten, die interkulturelles und interreligiöses Lernen vermitteln,
- Anzahl der Teilnehmer an Projekten, die den Umgang mit ethnischen Konflikten beinhalten,
- Anzahl der Teilnehmer an Projekten zur Gewaltprävention,
- Anzahl der Teilnehmer an anderen Projekten.

Outcome-Indikatoren sind:

Qualitative Indikatoren:

- Verbesserung der Kenntnisse von Zuwanderern über die Aufnahmegesellschaft sowie der Kenntnisse der Aufnahmegesellschaft über Zuwanderung / Zuwanderer
- Steigerung der Teilhabe von Drittstaatsangehörigen am gesellschaftlichen Leben vor Ort
- Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses unterschiedlicher Kulturen und Werte
- Schaffung von Strukturen zum interkulturellen und interreligiösen Dialog
- Förderung des friedlichen Miteinanders.

5. Sichtbarkeit der Förderung durch die EU-Kommission

Siehe Einleitung 1.3.

6. Gegebenenfalls Ergänzbare mit ähnlichen Maßnahmen, die durch andere Instrumente der Gemeinschaft finanziert werden.

Insofern wird auf die Ausführungen unter 2.1.4. verwiesen.

7. Finanzielle Informationen

Gesamtkosten:	7.710.000,00 EURO
davon EU-Beteiligung:	5.650.000,00 EURO
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	560.000,00 EURO
Zuwendung aus privaten Mitteln	1.500.000,00 EURO

2.2 Maßnahmen zur Umsetzung von Priorität 2: „Entwicklung von Indikatoren und Bewertungsmethoden zur Messung der Fortschritte und Anpassung der Strategien“ und Maßnahmen zur Erleichterung der Koordination des „vergleichenden Lernens“

Maßnahme 6: „Monitoring, Evaluierung, Indikatoren“

1. Ziel und Umfang der Maßnahmen zu Monitoring, Evaluierung, Indikatoren

In diesem Handlungsfeld wird die Zielstellung verfolgt, Monitoring und Evaluierung als feste Bestandteile der Integrationsförderung zu etablieren und im Förderzeitraum ein modulares Indikatorenset für EIF-Projekte zu entwickeln und anzuwenden.

Maßnahmen in diesem Bereich umfassen dabei u. a. die Entwicklung standardisierter und indikatorengestützter Bewertungsinstrumente speziell für den Bereich der Integrationsförderung. Die Evaluierung bereits laufender Integrationsmaßnahmen unterstützt dabei die Einführung entsprechender Bewertungsinstrumente. Zudem können Projekte gefördert werden, die empirische Erkenntnisse zum Übergang von Vorintegrationsmaßnahmen in Maßnahmen der Erstintegration (MBE/JMD und Integrationskurs) des Bundes ermitteln.

Die Entwicklung und Einführung standardisierter Systeme für Monitoring und Evaluationsprozesse gehört zur Zielsetzung des Nationalen Aktionsplan Integration und des bundesweiten Integrationsprogramms (§ 45 AufenthaltG). Da sich Integrationsprozesse vor Ort vollziehen, wird vor allem im Rahmen kommunaler Integrationskonzepte handlungsfeldübergreifend die Etablierung entsprechender Bewertungssysteme zur Sicherung von Nachhaltigkeit und Qualität sowie zur Entwicklung lokaler Systeme des Wissensmanagements im Integrationsbereich angestrebt.

Von strategischer Bedeutung ist dabei:

- die Entwicklung standardisierter und indikatorengestützter Bewertungssysteme sowie

- der verstärkte Einsatz von Evaluations- und Monitoringinstrumenten zur Bewertung von Integrationsmaßnahmen.

Daneben ist auch die Entwicklung eines solchen Indikatorensets und die Etablierung von Instrumenten zu deren Überprüfung für die künftige Entwicklung des EIF erforderlich. Dazu gehören insbesondere

- die Erarbeitung von Interventionslogiken für die einzelnen Projektmaßnahmen
- die Ermöglichung einer wissensbasierten Steuerung sowohl auf Programm- als auch auf Maßnahmenebene und
- die Identifikation von Best Practice und Nutzung für die weitere Programmplanung.

Zur Priorität 2 sind in den Förderjahren 2007 bis 2012 nur wenige Projektanträge gestellt worden. Hierbei handelt es sich um einen Anwendungsbereich mit wissenschaftlichem Anforderungsprofil. Potenzielle Antragsteller, insbesondere wissenschaftliche Institute, die eine entsprechende Qualifikation für die Durchführung von Projekten in dieser Priorität vorweisen können, sind offenbar bisher noch nicht ausreichend über die Fördermöglichkeiten des EIF informiert worden. Es ist daher Aufgabe der zuständigen Behörde, über den öffentlichen Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen hinausgehend qualifizierte Einrichtungen (Hochschulen, wissenschaftliche Institute etc.) gezielt und aktiv anzusprechen und sie für Projektaktivitäten zu gewinnen.

2. Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Die Finanzhilfeempfänger sind in der Regel Projektträger aus der Integrationsarbeit wie etwa Kommunen bzw. kommunale Einrichtungen, freie Träger, Vereine, Wohlfahrtsverbände, religiöse Vereinigungen, Stiftungen, Bildungseinrichtungen, wissenschaftliche Institute und Hochschulen.

3. Gegebenenfalls Rechtfertigung im Hinblick auf Projekte, die direkt von der zuständigen Behörde als Projektträger durchgeführt werden

Entfällt hier.

4. Voraussichtliche quantifizierte Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Zielsetzung: Es wird mit etwa 3 geförderten Projekten im Bereich „Evaluation und Monitoring“ gerechnet.

Output-Indikatoren sind:

- Anzahl der insgesamt geförderten Projekte
- Anzahl der entwickelten indikatorengestützten Bewertungssysteme
- Anzahl der implementierten indikatorengestützten Bewertungsinstrumente
- Anzahl der Fälle, in denen Ergebnisse aus Monitoring und Evaluierung zur Steuerung/Gestaltung der Integrationsmaßnahmen der Kommune eingesetzt wurden.

Outcome-Indikatoren sind:

Quantitative Indikatoren:

- Bereitstellung standardisierter, effizienter Monitoring- und Evaluierungsmethoden für die Integrationsmaßnahmen.

Qualitative Indikatoren:

- Verbesserung des Managements der Integrationsstrategien und –maßnahmen,
- Erhöhung des Wissensstands über grundlegende Integrationsprozesse und –mechanismen.

5. Sichtbarkeit der Förderung durch die EU-Kommission

Siehe Einleitung 1.3.

6. Gegebenenfalls Ergänzzbarkeit mit ähnlichen Maßnahmen, die durch andere Instrumente der Gemeinschaft finanziert werden

Die beim Europäischen Flüchtlingsfonds bereits existierenden Indikatoren zur Steuerung und Evaluierung der Projekte und deren Weiterentwicklung ergänzt diesen Bereich insofern, in dem festgestellte, getestete und festgeschriebene Inhaltsanforderungen auf den EIF übertragbar und in ihrer Anwendung den geforderten Ansprüchen gerecht werden.

7. Finanzielle Informationen

Gesamtkosten:	520.000,00 EURO
davon EU-Beteiligung:	260.000,00 EURO
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	52.000,00 EURO
Zuwendung aus privaten Mitteln:	208.000,00 EURO

2.3 Maßnahmen zur Umsetzung von Priorität 3: „Aufbau integrationspolitischer Kapazitäten, Koordinierung und Aufbau interkultureller Kompetenz in den Mitgliedstaaten auf allen Regierungsebenen“

Die Wahl dieser Priorität begründet sich aus der einleitend beschriebenen Situation der integrationspolitischen Gegebenheiten in Deutschland. Mit dem Zuwanderungsgesetz von 2005 wurde die Basis in der Integrationspolitik geschaffen, die Koordinierung und den Aufbau von integrationspolitischen Kapazitäten voranzutreiben. In der deutschen Integrationspolitik und in seinen staatlichen Hauptinstrumenten, dem bundesweiten Integrations-

programm (§ 45 AufenthG), dem Nationalen Aktionsplan Integration und der Deutschen Islam Konferenz, stellen vor allem der Aufbau interkultureller Kompetenzen und die interkulturelle Öffnung der Einrichtungen und Organisationen der Aufnahmegesellschaft eine wesentliche Stütze für die gemeinsame Umsetzung von Maßnahmen zur Integration von Drittstaatsangehörigen auf allen politischen Ebenen dar.

Maßnahme 7: „Interkulturelle Öffnung“

1. Ziel und Umfang der Maßnahmen zum Aufbau integrationspolitischer Kapazitäten in Institutionen und Organisationen der Aufnahmegesellschaft, Koordinierung und Aufbau interkultureller Kompetenz auf allen Regierungsebenen

Handlungsfeldübergreifend werden die Ziele verfolgt, interkulturelle Kompetenz auf allen Ebenen von Verwaltung und Gesellschaft zu stärken und die interkulturelle Öffnung entsprechender Institutionen und Organisationen zu fördern. Dabei sollen Sensibilisierungsmaßnahmen und Maßnahmen zur aktiven Einbeziehung der Aufnahmegesellschaft, die die Akzeptanz von zugewanderten Drittstaatsangehörigen steigern, gefördert werden. Es soll ein Beitrag dazu geleistet werden, in Deutschland nachhaltig eine Willkommens- und Anerkennungskultur zu etablieren und auf lokaler Ebene zu implementieren. Diesem Zweck dient auch der Erwerb von Informationen der Aufnahmegesellschaft über die Migrationsgeschichte von Drittstaatsangehörigen. Der Integrationsprozess ist ein beidseitiger Prozess: Ein harmonisches und bürgerschaftliches Miteinander hängt in hohem Maße von einem breiten Konsens und den Teilhabechancen aller Bevölkerungsgruppen ab. Hierzu benötigen auch die Mitglieder der Aufnahmegesellschaft interkulturelle Kompetenzen, das Wissen um fremde Kulturen und Religionen, um Verständnis für die Situation der Drittstaatsangehörigen zu gewinnen und damit für die Integration von Drittstaatsangehörigen günstige Voraussetzungen zu schaffen.

Parallel wird die Koordinierung und Bündelung der Integrationsaktivitäten von Bund, Ländern und Kommunen sowie eine Harmonisierung ihrer Integrationsstrategien angestrebt.

Schwerpunkte:

Bei der Ausschreibung und Auswahl von Projekten des Förderjahres 2013 können nicht alle in Betracht kommenden Projekt- und Maßnahmemodule gleichmäßig umgesetzt werden. Vielmehr müssen Schwerpunkte gebildet werden. Hierzu zählen Projekte, die die interkulturelle Öffnung durch aktive Einbeziehung von Angehörigen der Aufnahmegesellschaft in den Integrationsprozess und die Entwicklung einer Willkommens- und Anerkennungskultur fördern. Zudem sollen geeignete Projekte von Kommunen und kommunalen Trägern bevorzugt gefördert werden, etwa zur Entwicklung von Konzepten zur interkulturellen Öffnung der Ausländerbehörden als ersten Anlaufstellen für Neuzuwanderer. Denn diesen kommt aufgrund der räumlichen Nähe und dem daraus resultierenden unmittelbaren Bezug eine zentrale Aufgabe im Hinblick auf die Integration von Drittstaatsangehörigen zu.

Gefördert werden vor allem Schulungen von Mitarbeitern von Kommunen und kommunaler Träger zum Erwerb interkultureller Kompetenzen, sowie die nachhaltig medial aufbereitete historische Darstellung/Entwicklung der Zuwanderung und Wirkung auf die Aufnahmegesellschaft (z.B. Migrationsausstellung zur Migrationsgeschichte/Wanderausstellung). Befürwortet wird auch die Entwicklung von Strategien zur interkulturellen Öffnung von Kommunen und kommunaler Träger und zur Entwicklung und Erprobung kommunaler oder regionaler Ansätze zur Entwicklung einer Willkommens- und Anerkennungskultur bzw. –struktur.

Begrüßt wird dabei zudem die projektpartnerschaftliche Zusammenarbeit von Migrantenorganisationen mit öffentlichen Institutionen (u. a. Kommunen) zur interkulturellen Öffnung der Kommunalverwaltung, zur Stärkung der Migrantenorganisationen und zur langfristigen Entwicklung kooperativer Strukturen.

Ein weiterer Aspekt ist die Gestaltung von Organisationsstrukturen auf kommunaler Ebene. Hier sollen auch Projekte gefördert werden, die kommunale Strukturen untersuchen und neue Organisationsstrukturen erproben, um die Leistungsfähigkeit von Verwaltungen zur Bewältigung einer Querschnittsaufgabe wie Integration zu verbessern. Erstrebenswert sind auch Strategien zur verbesserten Zusammenarbeit der verschiedenen Stellen auf kommunaler Ebene, die im Integrationsbereich tätig sind und zur Entwicklung zentraler Anlaufstellen für Neuzuwanderer (one-stop-government). Als Projektträger kommen die Kommunen selbst in Frage.

2. Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Die Finanzhilfeempfänger sind in der Regel Projektträger aus der Integrationsarbeit wie etwa Kommunen bzw. kommunale Einrichtungen und, (vorzugsweise) Migrantenorganisationen, Wohlfahrtsverbände, religiöse Vereinigungen, Stiftungen, Bildungseinrichtungen.

3. Gegebenenfalls Rechtfertigung im Hinblick auf Projekte, die direkt von der zuständigen Behörde als Projektträger durchgeführt werden

Entfällt hier.

4. Voraussichtliche quantifizierte Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Zielsetzung: Es wird voraussichtlich mit etwa 22 geförderten Projekten im Bereich „Aufbau von Kapazitäten und Interkulturelle Kompetenz“ „Interkulturelle Öffnung“ gerechnet.

Output-Indikatoren:

- Anzahl der geförderten Projekte
- Anzahl der Teilnehmer insgesamt

davon: Drittstaatsangehörige

Angehörige öffentlicher/staatlicher Institutionen

Angehörige nichtstaatlicher Organisationen

ehrenamtlich Tätige

einheimische Bürger.

- Anzahl der Migrantenorganisationen im Projekt
- Anzahl der Teilnehmer an den Schulungen zur interkulturellen Öffnung
- Anzahl der zur interkulturellen Öffnung entwickelten Strategien
- Anzahl der zur interkulturellen Öffnung implementierten Maßnahmen
- Erhöhung der Anzahl der Mitarbeiter, die Drittstaatsangehörige sind
- Anzahl der Fälle, in denen im Rahmen der interkulturellen Öffnung Verfahren und Abläufe geändert wurden.

Outcome-Indikatoren:

Qualitative Indikatoren:

- Stärkung der interkulturellen Kapazitäten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene
- Erhöhung des Wissensstandes über Maßnahmen und Tätigkeiten im Immigrations- und Integrationsbereich
- Stärkere Berücksichtigung der Zielgruppe Drittstaatsangehörige und ihrer spezifischen Bedürfnisse bei öffentlichen Institutionen
- Verbesserung der Zusammenarbeit der beteiligten Ebenen
- Erhöhung des Wissensstands über grundlegende Integrationsprozesse und –mechanismen
- Vereinheitlichung und Verbesserung des Managements der Integrationsstrategien und -maßnahmen

5. Sichtbarkeit der Förderung durch die EU-Kommission

Siehe Einleitung 1.3.

6. Gegebenenfalls Ergänzzbarkeit mit ähnlichen Maßnahmen, die durch andere Instrumente der Gemeinschaft finanziert werden

Hier sind insbesondere Projekte des Europäischen Flüchtlingsfonds von Bedeutung, die innerhalb des Mitgliedstaats zu Veränderungen bzw. zu Ergänzungen von existierenden Verfahren führen, oder durch Analysen gestützte Erhebungen auf Strukturverbesserungen gerichtet sind.

7. Finanzielle Informationen

Gesamtkosten:	4.124.946,65 EURO
davon EU-Beteiligung:	2.062.473,24 EURO
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	1.540.000,00 EURO
Zuwendung aus privaten Mitteln:	522.473,41 EURO

Maßnahme 8: Verbesserung der Vernetzung der Integrationsakteure sowie des interkulturellen Dialogs (Behördenprojekt)

1. Ziel und Inhalte der Maßnahme

Um die erfolgreiche Integration von Drittstaatsangehörigen zu unterstützen, sind flankierend zu einem Grundangebot staatlich geförderter Integrationsmaßnahmen zwei Aspekte von besonderer Bedeutung:

- a) Enge Vernetzung und Zusammenarbeit der Akteure mit dem Ziel, Angebote bedarfsorientiert abzustimmen, Synergieeffekte zu nutzen und Doppelstrukturen zu vermeiden. Dies betrifft sowohl die horizontale Vernetzung und Zusammenarbeit der Akteure und Einrichtungen auf lokaler / regionaler Ebene als auch die vertikale Vernetzung zwischen ihnen und dem Bund bzw. bundesgeförderten Maßnahmen.
- b) Bereitschaft der Gesellschaft zum interkulturellen Dialog und der Etablierung einer Willkommens- und Anerkennungskultur.

Für das Förderjahr 2013 ist ein Projekt des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge geplant, das diese beiden Aspekte gezielt unterstützen soll. Als Inhalt des Projekts ist vorgesehen:

- Durchführung von Veranstaltungen (interkulturelle Tage) in der Zentrale des Bundesamts und seinen 24 Regionalstellen zur Information über das Thema Migration / Integration und die Integrationsangebote des Bundes und die Arbeit des Bundesamts.
- Öffentlichkeitswirksame Maßnahmen zur positiven Darstellung der Themen Migration / Integration.
- Bereitstellen von Plattformen für den Austausch und interkulturellen Dialog auf lokaler / regionaler Ebene durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen dieser Veranstaltungen.

Ziele der Maßnahme sind:

- Stärkung der Kommunikation und Kooperation zwischen dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als zentraler Integrationsbehörde des Bundes und Akteuren der Integration vor Ort als Beitrag zur Etablierung einer Willkommens- und Anerkennungskultur.
- Stärkung der lokalen / regionalen Integrationsnetzwerke.
- Stärkung der Transparenz der Angebote und Arbeitsweise des Bundesamts.
- Förderung des interkulturellen Dialogs vor Ort.
- Stärkung des Bekanntheitsgrads bundesgeförderter Integrationsangebote.

2. Voraussichtliche Zuwendungsempfänger

Für die Umsetzung der Maßnahme kommt ausschließlich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als zentraler Integrationsbehörde des Bundes in Betracht.

3. Begründung der Monopolstellung

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist als Geschäftsbereichsbehörde des Bundesministeriums des Innern die zentrale Integrationsbehörde auf Bundesebene. Ihr Aufgabentableau im Bereich der Integration umfasst u.a. die Integrationskurse (§§ 43 und 44 AufenthG), die berufsbezogene Sprachförderung im Rahmen des ESF-BAMF-Programms, die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (§ 45 AufenthG), die Förderung gemeinwesenorientierter Integrationsprojekte, die Durchführung einer Hotline zu Fragen der Anerkennung ausländischer Abschlüsse sowie die Bereitstellung von Informationsmaterialien zu Integrationsangeboten (§ 45 Satz 3 und 4 in Verb. mit § 75 Abs. 1 AufenthG). Neben diesen Angeboten, die sich direkt an Migranten richten, ist das Bundesamt auch bestrebt, die interkulturelle Öffnung der Aufnahmegesellschaft zu unterstützen und damit einen Beitrag zur Etablierung einer Willkommens- und Anerkennungskultur in Deutschland zu leisten. Mit seinen 24 Regionalstellen und rund 120 Regionalkoordinatoren spielt das Bundesamt zudem eine zentrale Rolle bei der Entwicklung und Begleitung lokaler und regionaler Integrationsnetzwerke.

Auf der Grundlage des § 45 Satz 3 und 4 in Verb. mit § 75 Abs. 1 AufenthG arbeitet das Bundesamt im Rahmen der Erstellung von Informationen über die Integrationsangebote in Deutschland mit den Ländern, den Kommunen, den Ausländerbeauftragten von Bund, der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration, Ländern und Kommunen, dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Trägern der freien Wohlfahrtspflege und gesellschaftlichen Interessenverbänden zusammen. Diese Zusammenarbeit soll mit dem o.g. Projekt vertieft werden. Die Maßnahme kann daher nur durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge selbst umgesetzt werden.

4. Voraussichtliche Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Output-Indikatoren:

- Anzahl der veranstalteten interkulturellen Tage
- Anzahl der Teilnehmer insgesamt
 - davon: Drittstaatsangehörige
 - Vertreter öffentlicher/staatlicher Institutionen
 - Vertreter von Trägern der Integrationsförderung, darunter besonders:
 - Vertreter von Migrantenorganisationen
 - einheimische Bürger.
- Anzahl der bei der Planung und Umsetzung beteiligten Migrantenorganisationen
- Anzahl der bei der Planung und Umsetzung beteiligten weiteren Akteure der Integrationsförderung

Outcome-Indikatoren:

- Stärkung der Kenntnis der lokalen / regionalen Akteure der Integrationsförderung untereinander
- Erhöhung des Wissensstandes über Fakten zu Migration und Integration
- Erhöhung des Kenntnisstandes über Integrationsangebote und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Stärkung der Zusammenarbeit zwischen dem Bundesamt / seinen Regionalstellen und Integrationsakteuren
- Anstöße zur Verbesserung der lokalen / regionalen Willkommenskultur

5. Sichtbarkeit der Förderung durch die EU-Kommission

Siehe Einleitung 1.3.

6. Gegebenenfalls Ergänzzbarkeit mit ähnlichen Maßnahmen, die durch andere Instrumente der Gemeinschaft finanziert werden.

Entfällt.

7. Finanzielle Informationen

Gesamtkosten:	100.000,00 EURO
davon EU-Beteiligung:	50.000,00 EURO
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	50.000,00 EURO
Zuwendung aus privaten Mitteln:	----

2.4 Maßnahmen zur Umsetzung von Priorität 4: „Austausch von Erfahrungen, bewährten Praktiken und Informationen zwischen den Mitgliedstaaten“

Maßnahme 9: Kommunikation und Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten

Die Aufnahme dieser Priorität erfolgt vor dem Hintergrund, dass die Integrationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland vom Austausch über bewährte Praktiken und Informationen anderer Mitgliedstaaten profitieren soll, indem es diese auf die Umsetzungsmöglichkeit im deutschen Kontext prüft und ggf. zur Anwendung bringt.

Vor diesem Hintergrund sollen bewährte Praktiken und Ansätze anderer EU-Staaten mit Blick auf eine Übertragbarkeit geprüft und ggf. zur Anwendung gebracht werden.

1. Ziel und Umfang der Maßnahme

Das Ziel dieser Maßnahme besteht darin, den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten zu erfolgreichen Integrationsstrategien und Maßnahmen zu fördern.

In diesem Zusammenhang wird die Netzwerkarbeit auf europäischer Ebene, die Institutionalisierung von Fachgremien, Tagungen und Workshops sowie Best-Practice-Plattformen unterstützt. Nichtstaatliche Organisationen sollten an diesen Prozessen nachdrücklich beteiligt werden. Einbezogen werden können hier auch Staaten außerhalb der Europäischen Union, wenn sich durch deren Beteiligung für die EU-Staaten Erkenntnisse zur Weiterentwicklung ihrer Integrationspolitik ergeben.

Bisher fand die transnationale Komponente bei den Antragstellern in der Bundesrepublik Deutschland nur wenig Anklang, das Antragsvolumen war bezüglich dieses Handlungsfeldes nur sehr gering. Es mangelt wohl daran, dass zu dieser Priorität der Kommission bisher noch zu wenige Projektideen angestoßen wurden. Die Zuständige Behörde hat verstärkt damit begonnen, über die Fördermöglichkeiten des EIF in diesem Handlungsfeld zu informieren. Es werden daher insbesondere solche Behörden und Nichtregierungsorganisationen, die über Kontakte zu anderen EU-Mitgliedstaaten verfügen, über den öffentlichen Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen hinausgehend gezielt und aktiv angesprochen und für Projektaktivitäten gewonnen.

2. Voraussichtliche Zuwendungsempfänger

Die Finanzhilfeempfänger sind in der Regel Projektträger aus der Integrationsarbeit wie etwa Kommunen bzw. kommunale Einrichtungen, freie Träger, Vereine, Wohlfahrtsverbände, religiöse Vereinigungen, Stiftungen, Bildungseinrichtungen und weitere Nichtregierungsorganisationen.

3. Gegebenenfalls Rechtfertigung im Hinblick auf Projekte, die direkt von der zuständigen Behörde als Projektträger durchgeführt werden

Entfällt im Jahresprogramm 2013.

4. Voraussichtliche quantifizierte Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Zielsetzung: Es wird anfänglich mit voraussichtlich 3 geförderten Projekten in dem Bereich „Kommunikation und Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten“ gerechnet. Sämtliche Projekte haben die Netzwerkarbeit auf intereuropäischer Ebene zum Gegenstand.

Output-Indikatoren:

Projekt- und Teilnehmeranzahl jeweils insgesamt und nach Kategorien (Angehörige öffentlich/staatlicher Organisationen, Angehörige nichtstaatlicher Organisationen, Teilnehmer aus EU-Staaten, Teilnehmer aus Nicht EU-Staaten).

Outcome-Indikatoren:

Qualitative Indikatoren:

- Stärkung der interkulturellen Kapazitäten auf europäischer Ebene.
- Erhöhung des Wissensstandes über Maßnahmen und Tätigkeiten im Immigrations- und Integrationsbereich im europäischen Vergleich.
- Verbesserung der Zusammenarbeit der mit Integrationsaufgaben befassten staatlichen und nicht-staatlichen Einrichtungen auf europäischer Ebene.

5. Sichtbarkeit der Förderung durch die EU-Kommission

Siehe Einleitung 1.3.

6. Gegebenenfalls Ergänzenbarkeit mit ähnlichen Maßnahmen, die durch andere Instrumente der Gemeinschaft finanziert werden.

Die Maßnahme ergänzt ähnliche Maßnahmen, die gemäß Ziffer 3 Priorität 2 zum Europäischen Flüchtlingsfonds finanziert werden. Danach können Maßnahmen gefördert werden, die mit einer intensiveren praktischen Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten verbunden sind. Zudem ergänzt die Maßnahme die in Priorität 4 zum Europäischen Rückkehrfonds aufgeführte Fördermöglichkeit. Dort ist die Förderung (inter)nationaler bewährter Praktiken und Verfahren für die Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten normiert.

7. Finanzielle Informationen

Gesamtkosten:	650.000,00 EURO
davon EU-Beteiligung:	325.000,00 EURO
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	195.000,00 EURO
Zuwendung aus privaten Mitteln:	130.000,00 EURO

3. Technische Hilfe

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird zur Durchführung der Entscheidung 2007/573/EG seine Zuständigkeit gem. Art. 26 ff nicht auf eine andere öffentliche Verwaltungsstelle oder Nichtregierungsorganisation übertragen.

3.1 Zweck der technischen Hilfe

Zum Zwecke der Durchführung der Entscheidung 2007/435/EG wird die administrative/ technische Unterstützung für folgende Arbeitsschritte eingesetzt:

Öffentliche Ausschreibung

Antragsbearbeitung

Auswahl der Projekte und Gewährleistung der Transparenz des Verfahrens

Verwaltung, Begleitung, Überwachung, Rechnungsprüfung und Bewertung der Projekte

Die Evaluation der Projekte wird voraussichtlich im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung an ein unabhängiges wissenschaftliches Institut vergeben. Die Höhe der Kosten dieser Maßnahme folgt den Grundsätzen der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung.

Qualitätsmanagement und Nachhaltigkeitsprüfung

Die potentiellen Projektträger werden von Beginn der Projektdurchführung an begleitet und in verschiedenen Veranstaltungen der Zuständigen Behörde zum Erfahrungsaustausch geladen sowie zu Best-practice-Beispielen informiert. Darüber hinaus findet eine Vielzahl von individuellen Beratungsgesprächen statt.

3.2. Sichtbarkeit der Förderung durch die Europäische Union

Die EU Zuständige Behörde unterrichtet alle Projektträger und potenziellen Interessenten (Dachverbände, Institute, staatliche und nicht staatliche Einrichtungen, NGOs) mittels InfoBrief und ständiger Aktualisierung der Internetseiten über Entwicklungen und Neuerungen des Europäischen Integrationsfonds. Darüber hinaus initiiert die EU Zuständige Behörde regelmäßige regionale Informationstreffen und Tagungen, in denen eine verstärkte Zusammenarbeit und Vernetzung der Projektträger aufgebaut wird. Im Rahmen der Projektkontrollen werden alle Projektträger verpflichtet, die Sichtbarkeit der Kofinanzierung aufzuzeigen. Die Antragsunterlagen der zuständigen Behörde sowie alle sonstigen Veröffentlichungen enthalten jeweils – entsprechend dem von der Kommission übermittelten Musterentwurf – die deutliche Sichtbarmachung der EIF-Kofinanzierung.

5. Entwurf Finanzplan

Jahresprogramm – Entwurf Finanzplan 2013

Tabelle 1 – Übersichtsplan

Mitgliedstaat: Deutschland

Bezogen auf das Jahresprogramm: 2013

Fonds: EIF

	Bezogen auf Prio- rität	Bezogen auf spezi- fische Priorität (1)	EU Beitrag (a)	Zuwendung aus öffentli- chen Mitteln (b)	Zuwendung aus privaten Mitteln (c)	Gesamt (d=a+b+c)	EIF- Mittel in % (e= a/d)	Anteil an Gesamt in % (d/d ge- samt)
<i>(alle Finanz- beträge in €)</i>								
Maßnahme 1:	1	-	910.000,00	481.000,00	435.000,00	1.826.000,00	49,84 %	6,30%
Maßnahme 2:	1	-	820.000,00	270.000,00	550.000,00	1.640.000,00	50,00 %	5,66%
Maßnahme 3:	1	2	5.450.000,00	690.000,00	1.390.000,00	7.530.000,00	72,38 %	26,00%
Maßnahme 4:	1	-	2.000.000,00	1.120.000,00	980.000,00	4.100.000,00	48,78 %	14,16%
Maßnahme 5:	1	4	5.650.000,00	560.000,00	1.500.000,00	7.710.000,00	73,28 %	26,62%
Maßnahme 6:	2	-	260.000,00	52.000,00	208.000,00	520.000,00	50,00%	1,80%
Maßnahme 7:	3	-	2.062.473,24	1.540.000,00	522.473,41	4.124.946,65	50,00%	14,24%
Maßnahme 8	3	-	50.000,00	50.000,00	0,00	100.000,00	50,00%	0,35%
Maßnahme 9:	4	-	325.000,00	195.000,00	130.000,00	650.000,00	50,00%	2,24%
Technische Hilfe	-	-	761.561,38	-	-	761.561,38	-	2,63%
GESAMT			18.289.034,62	4.958.000,00	5.715.473,41	28.962.508,03		100,00%

(Bartels)

EU-Fonds: Zuständige Behörde

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Frankenstraße 210

90641 Nürnberg

(Unterschrift der verantwortlichen Person)

i. V. C. Lindemann



22. Nov. 2012